

Karl Möckl

## König Ludwig I. und die Einheit des neuen Bayern

Die Einheit des neuen Bayern war mit dem Regierungsantritt Ludwigs I. 1825 keineswegs gesichert<sup>1</sup>. Die historische Staatlichkeit der fränkischen, schwäbischen und Pfälzer Lande wirkte fort, obgleich der moderne bayerische Staat der Reformepoche die zusammengefügt Territorien überwölbte und der Vorgang der Verfassungsgebung von 1808 bis 1818 einen politischen Integrationsprozeß einleitete, der auch gesellschaftlich-kulturelle Wirklichkeit wurde und im »Reich Bayern« unerwartet schnell einen national-bayerischen Landespatritismus hervorbrachte. Trotzdem traten auch bei der Abdankung Ludwigs im Jahre 1848 die regionalen Unterschiede noch deutlich hervor; jetzt allerdings moderiert durch den deutschen Föderalismus, der sich in den Grundzügen entwickelt hatte.

Eine wichtige Vorentscheidung fiel mit dem Beitritt Bayerns zum Deutschen Bund 1815. Das Land verließ die europäische Ebene der Politik. Dies war der Preis für die Erhaltung seiner, wenn auch relativen Souveränität. Das Los war erträglich. Schließlich konnte mit der staatenbündischen Lösung der deutschen Frage der für die Selbständigkeit Bayerns bedrohliche nationale Einheitsstaat vermieden werden. Der Deutsche Bund war nicht eigentlich das politische Ziel der Beteiligten, vielmehr das kleinste gemeinsame Vielfache der unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Interessen der auf dem Wiener Kongreß Versammelten. Der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich und der preußische Staatsminister Freiherr vom Stein wußten, daß ein deutsches Kaiserreich mit Österreich und Preußen unerreichbar war. Im Rahmen des europäischen Staatensystems war nur eine Lösung durchsetzbar, die die Interessen der Hegemonialmächte nicht beeinträchtigte. Vor allem die Politik der Flügel-mächte England und Rußland war nicht dazu angetan, die Forderung einer politischen Öffentlichkeit in den deutschen Staaten nach einem Nationalstaat – der eine Großmacht im Herzen Europas geworden wäre – zu erfüllen. Im Sinne ihrer Bestrebungen vermochte nur eine Neutralisierung der Mitte, Sicherheit und Gleichgewicht zu gewährleisten. Friedrich von Gentz, der Berater Metternichs, sah dies ähnlich. Für ihn war »das große Deutschland für das kleine Europa zu groß, wenn nicht bestimmte kunstvolle und weise Bedingungen eingehalten« wurden. Diese Bedingungen waren nur in den Traditionen des alten Reiches vorstellbar. So wurde es Metternichs Ziel, die ehemaligen Rheinbundstaaten zu erhalten, sie indirekt an Österreich zu binden und

gleichzeitig eine Entflechtung der Machtinteressen in Mitteleuropa zu erreichen. Bayern war die Vormacht des »Dritten Deutschland«. Jedoch konnte bei aller Aufrechterhaltung seines Souveränitätsanspruchs der intermediäre Bezugspunkt seiner Politik künftig nur der Deutsche Bund sein. Allein im Spannungsfeld zwischen Österreich und Preußen gab es für die bayerische Regierung Handlungsmöglichkeiten. Ausbruchsversuche in die europäische Politik blieben Episoden.

Innenpolitisch war die wichtigste Vorbedingung der Charakter der Verfassung von 1818 als Kompromiß zwischen Adel und Reformbeamtentum<sup>2</sup>. Die verfassungspolitische Ausgestaltung der konstitutionellen Monarchie eröffnete verschiedene Möglichkeiten. Nach den Maximen Maximilian von Montgelas', erkennbar in der Konstitution von 1808, sollte der Staat zwischen Monarch und Volk vermitteln. Nunmehr aber wurde durch die Aufnahme des monarchischen Prinzips das Vorrecht des Königs im allgemeinen festgelegt. Dadurch eröffneten sich zwei Entwicklungslinien – einmal die monarchische Integration von Staat und Gesellschaft in der Idee eines sozialen Königtums, gedacht in der Harmonie zwischen Volk und Dynastie, und zum anderen die dualistische Entgegensetzung von König und Volksvertretung, von König und Landtag.

Wesentlichen Einfluß auf die verfassungspolitische Entwicklung gewann die national-deutsche Opposition. Sie traf sich bei Festen, in den Universitäten oder in Vereinen und bildete durch ihre Mobilität und Kommunikation die Öffentlichkeit. Sie erlangte Einfluß und forderte Metternich mit den Instrumenten des Deutschen Bundes zu Abwehrmaßnahmen heraus. Diese sich beschleunigende Entwicklung bestimmte bald die Verfassungswirklichkeit in den deutschen Staaten. Schon nach Abschluß der Karlsbader Beschlüsse von 1819 sah Minister Maximilian Freiherr von Lerchenfeld die Gefahr, daß der Deutsche Bund seinen Charakter in zentralistischem Sinn veränderte. Aber der bayerische Vorbehalt bei der Verkündung der Karlsbader Beschlüsse war für die Zukunft nicht haltbar, da sich eine Politik der Eigenständigkeit des »Dritten Deutschland« nicht verwirklichen ließ. 1824 gab die bayerische Regierung ihren Vorbehalt auf. Damit waren die Weichen für die Verfassungsgestaltung bis 1848 gestellt; auch wenn in der Politik Ludwigs I. diese Tatsache erst nach der Julirevolution von 1830 und dem »deutschen Mai«, den Festen von Gaibach und Hambach 1832, bedeutsam wurde.

## I.

Ludwig I. ging es bei seinem Regierungsantritt 1825 um nichts Geringeres als die geistige Begründung des neuen Bayern. Dies war nicht nur eine Existenzfrage des Staates, sondern auch der Dynastie. Schon als Kronprinz hielt er die bürokratische Integration des Landes für ungenügend. Als König wandte er sich – wie schon seine Haltung als Kronprinz ankündigte – endgültig von den französischen Wurzeln der Reformpolitik ab.

Aufklärung und religiöser Indifferentismus waren ihm ein Ärgernis. Die Kulturnation fand Ludwig vor. Dieses romantische Ideal setzte er gegen das Ideal der Liberalen, den Nationalstaat. Demnach war für ihn die Monarchie nicht nur eine Verfassungsform, sondern eine überwölbende Idee. Sie war mehr als nur patriarchalisches Königtum; sie war die Form eines sozialen Königtums, das Volksfreiheit und Dynastie miteinander verbinden sollte. Der wohl bedeutendste Kabinettssekretär des Königs Bernhard Grandaur stellte in der Zeitschrift »Staatsmann« 1825 den Loyalismus als das dieses Königtum verkörpernde Prinzip dem Liberalismus entgegen<sup>3</sup>. In der politischen Umsetzung sollte die Verfassung den gesetzlichen Rahmen abgeben. Die Verbindung von Königtum, Volk und öffentlicher Meinung entsprach einem Harmoniemodell, das seine Wurzeln in der geschichtlichen Betrachtung, etwa des bekannten und in enger Verbindung zu Ludwig I. stehenden Historiker Johannes von Müller, und im romantischen Denken Adam Müllers, Franz von Baaders, Friedrich Schlegels, Karl Ludwig von Hallers oder Joseph Görres' hatte. Es ging hier nicht nur um konservative Vorstellungen, sondern auch gemäßigt liberale Politiker, wie Ignaz Rudhart oder Ludwig Harscher von Almendingen, und bayerische Staatsrechtslehrer, wie Johann Christoph von Aretin oder Conrad Cucumus, vertraten ähnliche Auffassungen. Insofern war die Begeisterung, die Ludwig bei seiner Thronbesteigung allüberall entgegenschlug, verständlich. Vor allem auch zu den Bürgern der Neubayerischen Lande hatte der König enge Bindungen. Als Kronprinz residierte er in Würzburg und hielt sich Zeit seines Lebens gerne in Aschaffenburg sowie Brückenau auf, pflegte in früheren Jahren enge Beziehungen zum Staatsrechtler und Bürgermeister von Würzburg, dem liberalen Wilhelm Joseph Behr, und ließ sich in Rheinbayern als »Pfälzer« feiern.

Die Regierungspraxis unterstrich die Ambitionen Ludwigs. Verwaltungsvereinfachung, drastische Verminderung des Heeres und höchste Sparsamkeit zur finanziellen Konsolidierung des Staates bei gleichzeitiger Förderung von Handel und Handwerk sollten die Mittel verfügbar machen, um die kulturelle und damit politische Begründung seiner Regierung zu ermöglichen.

Drei Ebenen gedachte der König mit seinen politischen Tätigkeiten zu verbinden, um das Ziel seiner Herrschaft zu erreichen. Seine Residenz sollte als Symbol für Bayern und Deutschland Ausdruck seines monarchischen Selbstverständnisses werden. Auf der Grundlage von Christentum und Freiheit sollte die Erneuerung des Staates durch das Programm seiner Bautätigkeit im Dreiklang von Wissenschaft, Kunst und Religion erfolgen. Der Begriff war umfassend. Ludwig selbst definiert ihn in verschiedenen Variationen. »Nicht als Luxus darf die Kunst betrachtet werden. In allem drücke sie sich aus, sie gehe über ins Leben. Nur dann ist sie, was sie sein soll«. »Die Kunst sei nicht Biskuit fürs Volk, sondern tägliches Brot«. Die Rolle der Residenzstadt fiel München – das schon von den Illuminaten »Isar-Athen« genannt wurde – zu, obwohl der König von vornherein keineswegs festgelegt war. Er faßte auch Nürnberg ins Auge, in das noch 1848 die fränkischen Demokraten die Residenz des Königs

verlegen wollten. Die Bautätigkeit verlieh München den Glanz der Metropole, der heute noch wirkt. Die persönliche Handschrift Ludwigs ist in der Gesamtplanung erkennbar, vor allem aber in den Schwerpunkten, der Anlage des Königs- und Max-Joseph-Platzes und der Ludwigstraße sowie dem Ausbau der Residenz. Die Strahlkraft dieses königlichen Symbols sollte auf der zweiten Ebene wirken und Vorbild für die historischen Regionen Bayerns sein. Freilich wurde dadurch auch das Selbstbewußtsein dieser Regionen gestärkt. Die Förderung war für die Zukunft von großer Wichtigkeit. Hervorzuheben sind die Wiederherstellung der Geschichtsdenkmale, in erster Linie die Restaurierung bzw. der Ausbau der Dome zu Bamberg, Regensburg und Speyer, die Belebung der Geschichtstradition durch die Gründung historischer Vereine und Altertumsgesellschaften sowie die Neugründung von Klöstern, wie Metten und das Schottenkloster in Regensburg<sup>4</sup>. Schließlich sah der König aus der Verbindung von Geschichtsbewußtsein und Nationalgefühl die Einheit Bayerns auf einer dritten Ebene unauflöslich mit der deutschen Kulturnation verknüpft. Das Band sollte die Einigkeit der deutschen Stämme sein, »Teutschland«. Die Nationaldenkmale der Walhalla bei Regensburg oder der Befreiungshalle bei Kelheim und der Beitrag zur Restauration des Kölner Doms legen davon ebenso beredtes Zeugnis ab, wie die Förderung von Technik und Ökonomie durch den Abschluß des Deutschen Zollvereins 1833/34, den Bau der Süd-Nord-Eisenbahn – des stählernen Rückgrates Deutschlands – oder die Verbindung von Rhein und Donau, von Preußen und Österreich durch den Ludwigs-Donau-Mainkanal, den heutigen Rhein-Main-Donau-Kanal. Mit diesen Unternehmungen verband der König selbstverständlich auch die Absicht, den Rang seines Königtums und die Einheit Bayerns in Deutschland zu sichern. Heinrich von Treitschke, gewiß kein Freund Bayerns, schrieb wenig versöhnlich, daß im Gemüt Ludwigs »eine grundehrliche Schwärmerei für Deutschlands Größe unvermittelt neben einem ebenso phantastischen groß-bayerischen Machtdünkel« läge.

Das Denken des Königs knüpfte an den alten Universalismus an, dessen Ausdruck bei ihm neben der romantischen Hinneigung zum christlichen Mittelalter und zur Gotik vor allem der Philhellenismus war. Auch die Bewunderung für Goethe und Schiller entsprach diesem Geist der Verbindung des »Teutschen« mit dem Weltbürgerlichen. Die Weichen waren schon durch die Erziehung des Kronprinzen gestellt worden. Sein Lehrer Joseph Anton Sambuga öffnete seinen Sinn für den katholischen Universalismus und der Ireniker Johann Michael Sailer prägte ihn in seiner Landshuter Studienzeit<sup>5</sup>.

Auf diesem Hintergrund waren die Bautätigkeit Ludwigs, sein Bemühen um Kunst und Wissenschaft in Verbindung mit herrscherlicher Repräsentation und die vor allem in der Architektur erkennbare Ästhetik nicht nur Herrschaftstechnik, sondern sein persönlicher Versuch der inhaltlichen Vermittlung der Einheit des Staates und des Volkes im Königtum.



## II.

Diese große Harmonie war für Bayern ebenso ein Ideal wie für Deutschland. Das christlich-konservative Denken, wie es auch Ernst Moritz Arndt in seinen beiden Schriften »Phantasien für ein zukünftiges Deutschland« (1812) und »Über künftige ständische Versammlungen in Teutschland« (1814) formulierte, war selbst Reaktion auf die politischen Modelle der Französischen Revolution. Der neue Staat, geboren aus dem Geist christlicher Erneuerung und aus dem Geist der vom Münchner Theologen Ignaz von Döllinger nachdrücklich vertretenen Überwindung der kirchlichen Trennung, blieb Utopie. Der Umbau von Staat und Gesellschaft in der Reformepoche hatte das Tor nicht zur großen Versöhnung, sondern zur Entfaltung der staatsbürgerlichen Gesellschaft aufgestoßen. Ihre Dynamik gewichtete den Landtag als Repräsentation des Volkes schwer und dies steigerte sich, als dieses Gewicht durch politische Versammlungen und Vereine, durch die Presse, durch eine politische Öffentlichkeit verstärkt wurde. Ludwig I. sah sich zwar nach wie vor mit seinem Volk einig, aber er stand nun in Opposition zur Volksvertretung, zur Ständeversammlung. Diese Opposition war nicht einheitlich, formierte sich landesweit nur sehr vage, bestand aus verschiedenen politischen Gruppierungen. Kennzeichnend war ein ausgeprägter Regionalismus, vielfach Lokalismus. Dennoch verstärkte sich der oppositionelle Geist, da die Selbstregierung Ludwigs, durch die er vielfach das zum Wesen des konstitutionellen Systems gehörige Prinzip der Ministerverantwortlichkeit außer Kraft setzte, auf Widerstand stieß. Wenn die Minister bloße »Schreiber« waren, der König selbst und unmittelbar entschied, trat er in direkte Konfrontation zur Ständeversammlung. Imponierend war die Haltung, aber preisgegeben vom Schutz der verfassungsmäßig Verantwortlichen brandeten die Wogen der Kritik gegen den Monarchen persönlich.

Diese politische Wirklichkeit stellte die Visionen Ludwigs auf eine harte Probe. Drei Ereignisse auf europäischer, deutscher und bayerischer Ebene erschütterten sein politisches Selbstverständnis als König: die Wirkungen der Julirevolution von 1830 in Paris, der Landtag von 1831 in München sowie die Feste von Gaibach und Hambach 1832. Durch diese Ereignisse erscheint die Zeit zu Beginn der 30er Jahre als Wende. Dem ist soweit beizupflichten, als Entwicklungen, die sich bisher abzeichneten, nunmehr einen Kulminationspunkt erreichten. Wenn die politischen Beben in den Städten und den Stadtreionen am stärksten waren, so lag dies zwar an den demographischen Veränderungen und der sozial-kulturellen Mobilität, vor allem aber an der vorausgegangenen Reformpolitik, die die Städte begünstigt hatte; zumal da auf dem Land – abgesehen von der Pfalz – der mediatisierte Adel seine Privilegien zu einem guten Teil behaupten konnte. Das Gemeindeedikt und die damit zusammenhängende Verordnungstätigkeit im Bereich der Selbstverwaltung und der Wirtschafts- und Sozialpolitik begünstigten die Städte in einer Weise, daß sich seltsame Formen des Lokalismus herausbildeten. Diese spiegelten sich

auf der Ebene des Landtages wider und machten Unterschiede zwischen den alt- und neubayerischen Landen deutlich. In den politischen Gruppierungen des Landtages ragten die Vertreter der Städte, wie der Bürgermeister der Stadt Würzburg, Wilhelm Joseph Behr, der Bamberger Abgeordnete Franz Ludwig von Hornthal oder der Nürnberger Fabrikant Georg Bestelmeyer, politisch hervor<sup>6</sup>. Besonders bei den Liberalen der Pfalz, Frankens und Schwabens war trotz gemeinsamer politischer Auffassung die regionale Zuordnung immer erkennbar. Sie widersprachen dem Monarchen, stellten jedoch den bayerischen Staat nicht in Frage. Aber angetrieben durch die innere Spannung zwischen regionaler Einbindung und bayerischem Staatsbewußtsein dachten sie über das politische Schicksal des ganzen Deutschland nach. Gerade die territoriale Gebundenheit der politischen Gruppierungen des Landtages rechtfertigt es, in dieser Zeit die Wurzeln des Aufstiegs der politischen Parteien zu suchen, und Theodor Heuß sprach deswegen vom Hambacher Fest als der »ersten politischen Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte«.

Ludwig I. wollte aber weder eine parlamentarische Monarchie, noch einen monarchischen Parteienstaat. Ihm widerstrebt die Auseinanderentwicklung von Stadt und Land ebenso wie die regionalen Spannungen im Königreich. Er hielt an seiner Vorstellung von einer einheitlichen universellen Monarchie fest und suchte sie durch autokratische Regierungsmaßnahmen zu erhalten. Der König geriet damit nicht nur in Gegensatz zur Kammeropposition, zu starken politischen Bewegungen in den bayerischen Regionen, sondern auch in die widerstrebenden Interessen des sich verstärkenden wirtschaftspolitischen Wettbewerbs. So gelang es 1831 bis 1834 Magistratsräten, Gemeindebevollmächtigten und Bürgermeistern als Abgeordneten in der Ständeversammlung, gegen den erklärten Willen des Königs Gewerbe- und Sozialpolitik des Landes in traditionelle Bahnen zu lenken und die »Superiorität« der Gemeinden »über das Fabrik- und Industriegewesen« zu erhalten<sup>7</sup>. Verschärfend wirkten hierbei außenpolitische Probleme, wie die ungelöste badische Frage und die griechische Thronbesteigung von Ludwigs Sohn Otto. Auch mußte der König durch die Behandlung und anstehende Verabschiedung des Gesetzes über die Zivilliste im Landtag Rücksichten nehmen; schließlich ging es hier um die finanzielle Absicherung der Dynastie.

Ganz im Sinne seines Wahlspruches »Gerecht und beharrlich« dachte Ludwig nicht daran, seine Vision vom Königtum aufzugeben, wollte aber auch die Einheit des Landes im Zeichen seiner Dynastie nicht gefährden. Die Politik, die er einschlug, erscheint widersprüchlich – nämlich die verstärkte Hinwendung zum Deutschen Bund, um die eigene Stellung zu behaupten. Da die nationale Opposition in Bayern zwar regional in Erscheinung trat, sich aber nicht regionalistisch verstand, suchte Ludwig die Hilfe Metternichs. Kurz nach der Julirevolution im September 1830 schlug er vor, auf dem Bundeswege durch Einschränkung der Rechte der Ständeversammlung und der öffentlichen Meinungsäußerung, also durch Zensur die politische Bewegung auch in Bayern zu dämpfen. In diesem Sinne unterzeichnete Bayern im Juni 1832 die

sogenannten »sechs Artikel« und auf den Wiener Ministerkonferenzen von 1834 die Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse. Diese Zulassung unitarisierender Mittel hatte naturgemäß gleichzeitig eine stärkere Integration Bayerns in den Deutschen Bund zur Folge<sup>8</sup>. Die schon 1819 geäußerte Befürchtung des liberalen Ministers Lerchenfeld, daß Deutschland durch die Bundesbeschlüsse vom Staatenbund zum Bundesstaat werde, galt nun weit mehr.

So sehr sich Ludwig an den österreichischen Staatskanzler Metternich in Fragen der Beruhigung der politischen Bewegung anlehnte, so sehr setzte er handelspolitisch im Deutschen Zollverein von 1833/34 auf die preußische Karte und suchte in einer staatenbündischen Umdeutung der Ideen von 1813 der »teutschen« Sache zu dienen. Es ist kein Zufall, wenn gerade in den 30er und 40er Jahren Ludwig seine besondere Aufmerksamkeit den deutschen Nationaldenkmälern widmete. Am Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig am 18. Oktober 1830 legte er den Grundstein zur Walhalla. Sie wurde am 18. Oktober 1842 feierlich eröffnet und am Tag danach wurde der Grundstein zur Befreiungshalle bei Kelheim gelegt<sup>9</sup>. Auch die Bereitstellung der sogenannten Ludwigsfenster für den Ausbau des Kölner Domes ließ sich der König angelegen sein<sup>10</sup>. Besondere Wirkung erzielten die Eröffnung der Walhalla und die Grundsteinlegung zur Befreiungshalle dadurch, daß es 1840 im Zusammenhang mit französischen Forderungen nach der Rheingrenze zu lebhaften Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit gekommen war. Selbst bei einem seiner ureigenen Anliegen, dem Bau der Benediktinerklosterkirche in München, ließ Ludwig im Hl. Bonifaz, »dem Apostel der Deutschen und Bayern«, sein »teutsches« Anliegen sichtbar werden. Die Grundsteinlegung erfolgte 1835.

Innenpolitisch hielt Ludwig an seinem romantisch-christlichen Universalismus fest und sah als wesentliche Aufgabe des Katholizismus die Bewahrung oder Wiederherstellung der Harmonie zwischen Staat und Gesellschaft. Der König war kein Konfessionalist. Aber gerade durch seine Kirchenpolitik, die die kirchliche Erneuerungsbewegung des Volkes mit politischen Zielen zu verbinden suchte, leitete er das endgültige Auseinanderdriften von Katholizismus und Liberalismus ein<sup>11</sup>. Über Streitfragen wie dem sogenannten »Kniebeugeerlaß« und dem Kölner Kirchenstreit entwickelte sich der politische Katholizismus, der im Kreis um Joseph Görres, den Gesellschafts- und Staatsphilosophen Franz von Baader, den Publizisten Karl Ernst Jarcke, den Kultur- und Geschichtsphilosophen Ernst von Lasaulx seinen wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Zirkel bildete und in der Zeitschrift »Eos« und den »Historisch-politischen Blättern« seine öffentliche Wirksamkeit entfaltete. Die »Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens«, wie Michael Doeberl schrieb, belastete das Verhältnis der Protestanten und Katholiken zueinander. Es kam zu Übergriffen und Beschwerden der evangelischen Kirche, vor allem in Franken<sup>12</sup>. Ludwig I. hielt zwar unwandelbar am traditionellen bayerischen Staatskirchentum fest, lenkte in verschiedenen kirchenpolitischen Fragen ein und kam dem Landtag in Fragen der Bewilligung des Staatshaushaltes entgegen,



aber es kam dennoch zu einer Verbindung der Protestanten Neubayerns mit den Liberalen – eine folgenschwere Tatsache für die Zukunft<sup>13</sup>. Letztlich war damit das innenpolitische Konzept des Königs gescheitert. Nach der Abdankung Ludwigs während der Revolution von 1848/49 sollten die Wunden, die in der Zeit des Ministeriums Abel geschlagen wurden, wieder aufbrechen<sup>14</sup>.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß unter wesentlichem Einfluß der konfessionellen Gliederung die neubayerischen Lande der Pfalz und Frankens im bayerischen Staatsverband ihre Eigenständigkeit wahrten. Dieses Selbstbewußtsein war nicht selten mit national-deutschen Neigungen verknüpft und verstärkte unter den Bedingungen der fortschreitenden Industrialisierung die Verbindung mit Preußen.

### III.

Die Einbindung Bayerns in den Deutschen Bund prägte den liberalen Nationalismus nachhaltig. Wie in den anderen deutschen Staaten kam es zu einer Regionalisierung des deutschen Nationalverständnisses. Die liberale Opposition entwickelte aus ihrer Gegnerschaft zur Person des Monarchen Möglichkeiten einer deutschnationalen Integration. Diese innere Gegnerschaft vor allem der Liberalen aus den neubayerischen Landen führte nicht zu einer ernsthaften Bedrohung der Einheit Bayerns. Dies bedeutete in letzter Konsequenz, daß erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein nationaler Einheitsstaat erreichbar war und dann nur als deutscher Rumpfstaat in der Form des föderalistischen Bundesstaates.

Die gebietsmäßige Geschlossenheit zwischen dem rechtsrheinischen Bayern und der Pfalz war nicht durchsetzbar; auch gelang die Beseitigung der Unterschiede in der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung nicht. Das Landratsgesetz von 1828, um das sich der König sehr bemüht hatte, setzte nicht die erhoffte Angleichung in Gang. Die Verselbständigung der Pfalz im 20. Jahrhundert kann, unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, nicht überraschen.

Für Ludwig I. bestand die Einheit Bayerns in einem harmonischen Zusammenwirken von Kultur – wobei er Industrie und Landwirtschaft begrifflich mit einschloß – und Politik. Diese Einheit sollte sein Königtum repräsentieren und verbürgen. Dieses Ziel erreichte der König nicht. Im Parteienstreit wurde er selbst zur Partei und von seinen Gegnern des Monarchismus bezichtigt. Selbst des Monarchen Kulturpolitik war immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Ludwigs groß angelegte romantische Vision einer Verbindung von Staat und Volk wandelte sich zu den oft zitierten Vorstellungen von Mäzenatentum. Dem König ging es höchstens im Idealfall um einen bayerischen freiheitlichen Musterstaat, wichtiger war ihm die Freiheit Bayerns in einer einigen deutschen Kulturnation<sup>15</sup>. Als das konstitutionelle System 1848 revolutionär seine Beharrungskraft bewies, sah Ludwig I. zwar politische Alternativen – weswegen Heinrich von Treitschke die Auffassung vertrat, daß



sich der König »ohne Not zur Abdankung« entschlossen habe –, aber sein Selbstverständnis als Monarch ließ ihm persönlich keine andere Wahl als den Verzicht auf die Krone.

Was entstand? Für Ludwig I. waren Kultur und Politik zwei Seiten einer Medaille. Wenn er für geschichtliche Denkmäler verfügte, »Von der Stelle, auf die sie gehören, genommen, vermindert sich ihr geschichtlicher Wert, hier sind sie örtliche geschichtliche Zeugnisse, im Museum nur Kuriositäten«, war dies nicht nur eine Weisung für Kulturpflege, sondern auch eine politische Aussage zur Bestimmung des Wesens Bayerns, nur erkennbar in der Summe der Geschichtslandschaften. Der König war überrascht, als die regionalen Einrichtungen nicht nur seinen Willen dem Volk vermittelten, sondern aus den Regionen Bayerns ein politisches Selbstbewußtsein erwuchs, wonach sich politische Gruppierungen entwickelten, die den König auf der Ebene des Landtages herausforderten. Durch die Regierungstätigkeit Ludwigs vertiefte sich in den Traditionen der Integrationspolitik Montgelas' zwar das bayerische Staatsbewußtsein, aber es kam nicht zur Stärkung des Königtums, wie es sich der König vorstellte. Dies war seine Tragik. Die Entwicklung läßt sich nicht allein aus der bayerischen Politik erklären. Der liberale Nationalismus war auch auf deutscher Ebene föderativ<sup>16</sup>. Dadurch konnte er in den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes die Entwicklung der konstitutionellen Ordnung auch dann zukunftsweisend beeinflussen, als das System Metternichs nur noch abwehrend und disziplinierend zu reagieren vermochte.

Ludwig I. war unter den deutschen Monarchen seiner Zeit eine Ausnahmeerscheinung, vielleicht weniger durch seine Politik, als durch seinen königlichen Anspruch. Aber dieses Selbstverständnis brachte nur ihn zu Fall; seine Politik legte Bayern auf den deutschen Föderalismus fest. Nach ihm war eine europäische Dimension bayerischer Politik vernünftigerweise nicht mehr denkbar. Es fielen die Vorentscheidungen für das Scheitern der Triaspolitik seines Sohnes Max II. und letztlich auch für den Eintritt Bayerns in das kleindeutsche Reich Bismarcks. Ludwig betrieb nach außen keine staatliche Machtpolitik. Deren Säulen – Armee und Industrie als Voraussetzung solcher Ambitionen – standen nicht im Mittelpunkt seines Interesses<sup>17</sup>. Er beschritt den Weg, sich nur in einer föderativen Ordnung Deutschlands behaupten zu wollen. Es war der Weg der Bewahrung höchstmöglicher Eigenständigkeit für einen begrenzten Binnenstaat. In dieser Territorialität sah er auch die beste Möglichkeit, der Dynastie ihr Überleben zu sichern.

Weniger aus dem Gleichklang der Interessen begründet sich das bayerische Verständnis vom deutschen Föderalismus, mehr aus dem Widerspruch, der Spannung, den ständigen Konflikten mit der deutschen Politik. Diese Haltung ist letztlich ein Spiegelbild der innerbayerischen Lage selbst. Den Ausgangspunkt bildeten Regierungszeit und Politik Ludwigs I.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Für diese Untersuchung wurden Materialien des Geheimen Hausarchivs München, Nachlaß König Ludwig I., ausgewertet. Ferner ist auf folgende Publikationen zu verweisen: Briefwechsel zwischen Ludwig I. von Bayern und Eduard von Schenk 1823–1841, eingel. und hrsg. v. Max Spindler, München 1930; Aus den Papieren des königlich bayerischen Staatsministers Maximilian Freiherrn von Lerchenfeld, herausgegeben von Max Freiherrn von Lerchenfeld, Nördlingen 1887; Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Band IV, 1 und 2, München 1979 (vor allem die Beiträge von Eberhard Weis, Max Spindler und Wolfgang Zorn); Andreas Kraus, Geschichte Bayerns, München 1983; Heinrich Lutz, Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866, Berlin 1985; Michael Dirrigl, Ludwig I. König von Bayern 1825–1848, München 1980; Karl Otmar von Aretin, Bayerns Weg zum souveränen Staat, München 1976; Von der Aufklärung zur Romantik. Geistige Strömungen in München (Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München 1984), Regensburg 1984; Hans Reidelbach, König Ludwig I. von Bayern und seine Kunstschöpfungen, München 1888 (Nachdr. 1985); Johannes Willms, Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte von 1789–1914, Frankfurt am Main 1985 (Taschenbuchausgabe); Ludwig Zimmermann, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken (= Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, IX. Reihe, Band 9), Würzburg 1951; Karl-Heinz Zuber, Der »Fürst Proletarier« Ludwig von Oettingen-Wallerstein (1791–1870) (= ZBLG, Beiheft 10), München 1978.
- <sup>2</sup> Karl Möckl, Der moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche, München 1979, Kap. VI, 2 und 3.
- <sup>3</sup> Max Spindler, Bernhard Grandaure. Kabinettssekretär und Staatsrat unter Ludwig I., in: Max Spindler, Erbe und Verpflichtung, Aufsätze und Vorträge zur bayerischen Geschichte, hg. von Andreas Kraus, München 1966, S. 264–279.
- <sup>4</sup> Ludwig Hammermayer, Katholikenemanzipation in Großbritannien und die Erneuerung von Abtei und Seminar der Schotten in Regensburg (1826/29). Zur Kloster- und Kirchenpolitik unter Ludwig I. von Bayern und Bischof Johann Michael Sailer, in: ZBLG 28 (1965), S. 392–459.
- <sup>5</sup> Georg Schwaiger, Johann Michael Sailer, der bayerische Kirchenvater, München, Zürich 1982; Max Spindler, Joseph Anton Sambuga und die Jugendentwicklung König Ludwigs I., Aichach 1927.
- <sup>6</sup> Max Domarus, Bürgermeister Behr, Würzburg 1971.
- <sup>7</sup> Karl Möckl, König und Industrie. Zur Industrialisierungspolitik der Könige Max I. Joseph, Ludwig I. und Max II., in: Aufbruch ins Industriezeitalter, Band 2: Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1750–1850, hg. von Rainer A. Müller unter Mitarbeit von Michael Henker, München 1985, S. 13–36.
- <sup>8</sup> Manfred Treml, Bayerns Pressepolitik zwischen Verfassungstreue und Bundespflicht 1815–1837 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 16), Berlin 1977.
- <sup>9</sup> Karl Bosl, Gedanken zur Hundertjahrfeier der Einweihung der Befreiungshalle in Kelheim, in: ZBLG 26 (1963), Seite 606 bis 616.
- <sup>10</sup> Hermann-Joseph Busley, Ludwig I. von Bayern und der Kölner Dom, in: Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte (= Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag), hg. von Andreas Kraus, Band III, München 1984, S. 75–100.
- <sup>11</sup> Werner K. Blessing, Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 51), Göttingen 1982, Kap. 2 und 3.
- <sup>12</sup> Rudolf Endres, Franken und Bayern im 19. und 20. Jahrhundert (= Erlanger Geographische Arbeiten, H. 45), Erlangen 1985, S. 75ff.; Gerhard Hirschmann, Das Haus Wittelsbach und Franken im 19. Jahrhundert, Neustadt an der Aisch 1984.
- <sup>13</sup> Heinz Gollwitzer, Graf Carl Giech 1795–1863. Eine Studie zur politischen Geschichte

- des fränkischen Protestantismus in Bayern, in: ZBLG 24 (1961), S. 102–162; Hans Fenske, Rationalismus und Orthodoxie. Zu den Kämpfen in der pfälzischen Landeskirche im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 132 (1984), S. 239–269.
- <sup>14</sup> Hubert Glaser, Zwischen Großmächten und Mittelstaaten. Über einige Konstanten der deutschen Politik Bayerns in der Ära von der Pfordten, in: Heinrich Lutz und Helmut Rumpler (Hgg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9), München 1982, S. 140–188.
- <sup>15</sup> Hanns Helmut Böck, Carl Philipp Fürst von Wrede als politischer Berater König Ludwigs I. von Bayern 1825–1838, München 1968; Liselotte Klemmer, Aloys von Rechberg als bayerischer Politiker 1766–1849, München 1975.
- <sup>16</sup> Thomas Nipperdey, Der deutsche Föderalismus zwischen 1815 und 1866 im Rückblick, in: Land und Reich (wie Anm. 10), S. 1–18.
- <sup>17</sup> Andreas Kraus, Probleme der Abrüstung in Bayern von 1816–1866, in: Vorträge zur Militärgeschichte I: Einzelprobleme politischer und militärischer Führung, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford und Bonn 1981, S. 32–52.